

Altersbeschränkung für Lachgas

CDU-Fraktion stärkt Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen
Seite 2

Zehn Punkte-Plan für mehr Sauberkeit und ein lebenswerteres Berlin

Mehr Papierkörbe, mehr Mülltrennung und höhere Bußgelder
Seite 4

Klartext

NEU
Kiez-Ausgabe
Altstadt/Kietz,
Allende-Viertel,
Wendenschloß und
Müggelheim
im Innenteil

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Oktober 2024



Liebe Nachbarn,

wir biegen schon langsam auf die Zielgerade des Jahres 2024 ein. Ein bewegtes und schnelllebiges Jahr. Mich beschäftigten viele Themen, Sorgen und Fragen, die Sie an mich herangetragen haben. So sah ich mich bisher in diesem Jahr veranlasst, 12 schriftliche Anfragen über das Abgeordnetenhaus von Berlin an den Berliner Senat zu richten, um die für Sie notwendigen Informationen zu beschaffen. Genau dazu dient das Recht eines Abgeordneten, vom Senat Auskunft zu verlangen und parlamentarische Kontrolle auszuüben. Eine dieser Anfragen befasste sich mit der neuen Dauerbaustelle in der Köpenicker Altstadt, die ab Herbst 2024 auf die Köpenicker zukommt. Es ist noch lange nicht alles geklärt, aber mit den Antworten des Senats haben wir einen Anfang an verlässlichen Informationen. Sie finden auf den Kiezseiten dieser Klartext-Ausgabe mehr Informationen dazu.

Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihre Mitwirkung und Ihr Engagement bedanken. Ihre Briefe, Anrufe und E-Mails motivieren mich Tag für Tag, mit Ihnen gemeinsam für ein besseres Köpenick zu arbeiten und so oft es nur geht, für Sie vor Ort zu sein. Nutzen Sie die Gelegenheit und melden Sie sich für meine Kieznachrichten auf meiner Internetseite an, um immer aktuell über unsere Kieze informiert zu sein.

Martin Sattelkau

Martin Sattelkau
Ihr Abgeordneter für
Altstadt/Kietz, Allende-Viertel,
Wendenschloß, Müggelheim

Neues Bürgeramt

Es geht voran beim Abbau des Terminstaus: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner (v.l.) eröffneten in Berlin Staaken ein neues Bürgeramt. Ein weiteres soll bis Ende dieses Jahres in Marzahn folgen. Mehr Ämter, mehr Digitalisierung gleich besserer und schnellerer Service für Berliner.



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Strategiewechsel in der Asylpolitik

CDU-Fraktion Berlin beschließt auf Klausur ein großes Maßnahmenpaket

Die CDU-Fraktion Berlin hat ihre Position bei Migration, Flucht und Asyl bestimmt und fordert einen echten Strategiewechsel in der Asyl- und Migrationspolitik.

Ende des individuellen Asylrechts

Beschlossen wurde der Strategiewechsel nach Beratungen mit Experten wie der Ethnologin Susanne Schröter und Nahost-Experte Ahmad Mansour. In dem Papier heißt es: „Aktuell hilft unser Asylsystem nicht denen, die wirklich auf Hilfe und Schutz angewiesen sind, sondern belohnt diejenigen, die es irgendwie schaffen, die deutsche Grenze zu erreichen.“ Daraus resultiert eine Überforderung bei Schul- oder Kitaplätzen, Sprachkursangeboten oder der Bettenzahl in den Unterkünften. Stattdessen wird eine vorausschauende, proaktive und planmäßige Flüchtlingspolitik gefordert.

”

Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente.

Positionspapier der CDU-Fraktion Berlin

Im Text machen die Abgeordneten klar, welche Lösung sie für geeignet halten: „Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente. So ist es möglich eine planbare und nachhaltige Aufnahmeleistung zu erbringen und die Bedürfnisse der Schutzsuchenden mit den Kapazitäten unseres Aufnahme- und Integrationssystems in Einklang zu bringen.“

Neben diesem grundsätzlichen Wechsel hat die Fraktion aber noch zahlreiche weitere Maßnahmen beschlossen. So soll es etwa keinen generellen Winterabschiebestopp in Berlin mehr geben, Sonderaufnahmeprogramme sollen eingestellt und die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit eingeführt werden. Gleichzeitig möchte man Migranten mit Bleibeperspektive schneller in Arbeit bringen, damit sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. In diesem Zusammenhang wird

das Mentoring-Programm aus Kanada als Positivbeispiel hervorgehoben. Auch gemeinnützige Arbeit wird gefördert. Ergänzend sollen aber auch gezielt klein- und mittelständische Unternehmen bei der Anwerbung und Einstellung unterstützt werden. Schließlich werden Arbeitskräfte in allen Branchen gesucht.

40 Punkte für den Strategiewechsel

Insgesamt 40 Punkte zur Steuerung der Migration, zur besseren Integration, zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Unterstützung der Wirtschaft haben ihren Weg in den Beschluss gefunden. So fordert die CDU-Fraktion Berlin die Einführung einer Bezahlkarte, möchte mehr Asylbewerber ohne Bleibeperspektive abschieben und hat sich bereits seit längerer Zeit für dauerhafte Grenzkontrollen und Zurückweisungen ausgesprochen.

GESUNDHEITSSCHUTZ

14,6 Jahre

lautet das Einstiegsalter bei Cannabis – bis zu 30.000 Euro Bußgeld gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Seite 7



Damit Berliner wieder besser vorankommen

Interview mit Berlins neuer Verkehrsministerin Ute Bonde und dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner

Seite 3

Damit der Ruhestand in Berlin noch lebenswerter wird

Mehr Angebote und Ideen für die Generation „Ü 65“

„Altwerden kannste ooch in Berlin“. Stimmt: Gut 700.000 Menschen unserer Stadt sind über 65 Jahre alt, ein Fünftel der Bevölkerung. Eine bedeutende Bevölkerungsgruppe, die die CDU-Fraktion in den Blick nimmt. Dabei geht es um neue Angebote, vor allem um ausgezeichnete Pflege und Ideen gegen Einsamkeit und auch Verbesserungen im Einzelhandel.

So sollen in Geschäften u.a. Automatik-Türen als Standard den Zugang erleichtern, Stolperfallen bei Aufstellern und abgestellten Paletten und Waren sollen vermieden werden. Preisschilder

sollen in größerer Schrift besser lesbar sein, darüber hinaus soll es Sitzgelegenheiten und Kunden-WCs geben.

Berliner Pflegemedailles

Die schweren Pandemiejahre haben gerade in der Pflegebranche den hohen Handlungsdruck verdeutlicht. Dabei wurde klar, dass sich längst nicht alles mit Geld bezahlen lässt: wie zum Beispiel mehr Wertschätzung für Pfleger und außergewöhnliche Projekte stationärer Pflegeeinrichtungen. Die CDU-Fraktion schlägt daher die Vergabe



Heiterer Plausch bei Sonnenschein Foto: IMAGO/Stefan Trappe

Berliner Pflegemedailles vor. Eine für die oder den besten pflegenden Mitarbeiter, eine weitere für den Träger mit den überzeugendsten Ideen und Engagement.

Die Hinweise sollen von Heimbewohnern, deren Angehörigen und einer Vielzahl weiterer Institutionen wie Seniorenvertretern, Landesbeauftragten und auch aus den Bezirken kommen. Die Vergabe erfolgt auf Vorschlag eines Gremiums dann durch den Senat. So sollen Bestleistungen beurkundet und besser sichtbar und die Motivation aller Beteiligten gestärkt werden.

Tag gegen Einsamkeit

Mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität will die CDU-Fraktion auch dem Problem des Alleinseins schenken. Jedem zehnten Berliner fehlt es an genügend sozialen Kontakten. Statistisch verschärft sich dieses gesellschaftliche Phänomen, je älter wir werden.

Gerade in der Weihnachtszeit leiden viele Betroffene darunter. Um hierfür das Bewusstsein und den Zusammenhalt zu stärken, soll ein „Tag gegen die Einsamkeit“ am 16. Dezember eingeführt werden.

Friedlicher Badespaß

Berlins Bäderbetriebe sind zufrieden mit der Badesaison 2024. So gab es von Mitte April bis Mitte September rund 1,9 Millionen Besuche – plus 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Sicherheitsrelevante Vorgänge seien dagegen zurückgegangen, hieß es. Das Sicherheitskonzept habe sich bewährt.



Friedlicher Badespaß in diesem Sommer

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Verwaltungsreform unterstützt

Berlins Handwerk, die IHK und Unternehmensverbände unterstützen nachdrücklich die Reformpläne der CDU-geführten Koalition für die Berliner Verwaltung. „Mit den jetzt erarbeiteten Eckpunkten liegen Vorschläge auf dem Tisch, die das Potenzial haben, das Dickicht der organisierten Nicht-Zuständigkeit zu lichten“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.



Klarere Zuständigkeiten: Bezirk Mitte

Foto: IMAGO/Schöning

Die Altersbeschränkung für Lachgas soll kommen

CDU-Fraktion stärkt Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen



Jeder
 >
 fünfte
 bis
 sechste
 <
 Jugendliche
 zwischen 15
 und 18 Jahren
 hat bereits
 einmal Lachgas
 konsumiert.

Kinder und Jugendliche vor Gesundheitsgefährdungen und Missbrauch zu schützen, darum geht es beim Jugendschutz. Damit guter Jugendschutz allerdings funktioniert, muss er sich immer wieder anpassen. Neue Gefahren müssen erkannt und bekämpft werden. Umso erfreulicher ist es, dass mit entsprechender Weitsicht nun die unkontrollierte Abgabe von Lachgas an Kinder und Jugendliche eingedämmt werden soll. Die CDU-Fraktion Berlin hat beschlossen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, welche Jugendliche vor den Gefahren von Distickstoffmonoxid, dem sogenannten Lachgas, schützen soll. Als zielführend wird hierfür eine Altersgrenze beim Verkauf angesehen.

Die aktuellen Zahlen und Warnungen von Medizinern bestätigen die Christdemokraten aus dem Berliner Abgeordnetenhaus bei ihrem

Vorgehen, denn zuletzt wurde der schnelle Rausch durch Lachgas bei Jugendlichen immer beliebter. So zeigen beispielsweise Untersuchungen der Goethe Universität in Frankfurt am Main, dass etwa jeder fünfte bis sechste Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren bereits einmal Lachgas konsumiert hat. Bis 2015 waren die Zahlen noch deutlich niedriger und stiegen erst seitdem kontinuierlich an.

Was auf den ersten Blick aber harmlos scheint und klingt, kann bei regelmäßigem Konsum erhebliche negative Auswirkungen haben. Wer regelmäßig Lachgas konsumiert, kann einen Vitamin-B12-Mangel und sogar Nervenschädigungen erleiden. Wird zum Beispiel das Lachgas über einen Ballon konsumiert und dabei nicht genügend Unterbrechungen eingehalten, kann es zu einem Sauerstoffmangel im Gehirn

und in den Organen kommen. Auch ein Stillstand des Kreislaufes ist möglich.

Eine körperliche Abhängigkeit von Lachgas mit Entzugerscheinungen gibt es zwar nicht, allerdings kommt es oft zu einer psychischen Abhängigkeit und dem Bedürfnis die Substanz immer wieder zu inhalieren.

Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) warnt: „Es gilt als vermeintlich risikoarm, da die Wirkung bereits nach wenigen Minuten nachlässt – doch das ist ein massiver Trugschluss!“ Die DGN betont: „Die wenigsten Menschen wissen, dass sie schwere, möglicherweise auch lebenslange Folgen davontragen können.“

Genau vor diesen Folgen sollen die Kinder und Jugendlichen aus Berlin geschützt werden. Es ist gut, dass die CDU-Fraktion bei diesem Thema voran geht.

Gesundheitsgefährdender Kick: Lachgas inhalieren aus einem Luftballon

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Zu hohe Steuern und Abgaben sollen am BER den Abflug machen

CDU-Strategiepapier: Fliegen soll für alle in der Hauptstadtregion bezahlbar bleiben

Fliegen ist am BER teurer als an vielen anderen internationalen Flughäfen. Deshalb müssen die hohen Gebühren und Abgaben runter, damit sich das Berliner und Brandenburger auch in Zukunft noch leisten können. Den Weg dorthin hat die CDU-Fraktion in ihrem Strategiepapier beschlossen.

Hohe Belastungen für BER-Passagiere

Die hohen Kosten sind hausgemacht: Vom Bund aus wurde die Luftverkehrssteuer seit 2020 um 111 Prozent erhöht. Die Sicherheitsgebühr soll im kommenden Jahr um die Hälfte steigen.



Ein Jet auf dem BER-Rollfeld. Abgaben sollen sinken

Foto: IMAGO/Manngold

Aktuell müssen Passagiere am BER 48 Euro für Sicherheit und Steuern zahlen – doppelt so viel wie Fluggäste etwa in Barcelona und London-Gatwick.

Dabei ist das Reisen mit dem Flugzeug ein wichtiges Standbein im Berlin-Tourismus, für zigtausend Urlauber, ebenso wie für unsere Wirtschaft.

Fliegen soll auch in der Hauptstadt-Region bezahlbar bleiben. Deshalb will sich die CDU-Fraktion auf Bundesebene für eine Senkung der Luftverkehrssteuer stark machen, das Berlin-Marketing stärker auf Flugreisende ausrichten und nach Auslaufen von EU-Beschränkungen finanziell stärken.

Neues und faires Gebührenmodell

Für den BER soll darüber hinaus ein neues, faires und bezahlbares Gebührenmodell ausgearbeitet werden. Es soll sich an den Passagierzahlen und Abgaben vergleichbarer europäischer Airports orientieren.

Je attraktiver das Fliegen, um so zukunftssicherer der BER.



Berlins neue Verkehrssenatorin Ute Bonde im Gespräch mit CDU-Fraktionschef Dirk Stettner
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Damit Berliner wieder besser vorankommen

Ein Gespräch mit Berlins neuer Verkehrssenatorin Ute Bonde und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

klartext: Hallo Frau Bonde. Viele Berliner kennen Sie, allerdings in anderer Funktion. Sie waren Chefin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Kann Berlin jetzt auf mehr Schienenangebote hoffen?

Ute Bonde: „Das auch. Unsere Vorhaben waren so weitsichtig, ein Netz aus U- und S-Bahnen zu bauen, das heute das Rückgrat des ÖPNV ist. Wir pflegen das und bauen es aus. Investitionen in den ÖPNV sind wichtig und weiterhin dringend notwendig. Doch wir haben auch alle anderen Verkehrsteilnehmer im Blick.“

Dirk Stettner: „Die Grünen haben einseitig gegen Autofahrer gekämpft, das machen wir nicht. Für die CDU ist wichtig, dass alle Berliner schnell dahin kommen, wo sie hinwollen – mit dem Verkehrsmittel ihrer Wahl. Wir schreiben das niemandem vor. Und wir benachteiligen auch niemanden. Deswegen bauen wir Straßen sowie den Öffentlichen Personennahverkehr aus. Fahrradwege und Schulwegsicherheit sind uns ebenso wichtig. Eine Riesenaufgabe nach dem Stillstand der letzten Jahre.“

klartext: Und dennoch gibt es Bezirke, die im Kampf gegen Autos weiter die Straßen verpollern, so dass nicht einmal mehr Rettungskräfte von Polizei und Feuerwehr durchkommen.

Bonde: „Natürlich müssen Rettungskräfte ungehindert an einen potenziellen Einsatzort kommen können. Hier liegt die Verantwortung bei den Bezirken, die selbstverständlich verpflichtet sind, Feuerwehr und Polizei vor der Einrichtung von Durchfahrbeschränkungen zu informieren und auf konkrete Einwände zu reagieren. Ich werde hier eine berlinweit einheitliche Regelung mit den Bezirken vereinbaren.“

Dirk Stettner: „Poller dürfen niemals schnelle Hilfe behindern – darauf müssen alle Bezirke achten. Wir wollen lebenswerte Kieze und leistungs-

fähige Hauptstraßen. Wir dürfen auch nicht für einige wenige ganz viele behindern. Ausgewogenheit beim pragmatischen Erreichen der Ziele – das ist unser Weg.“

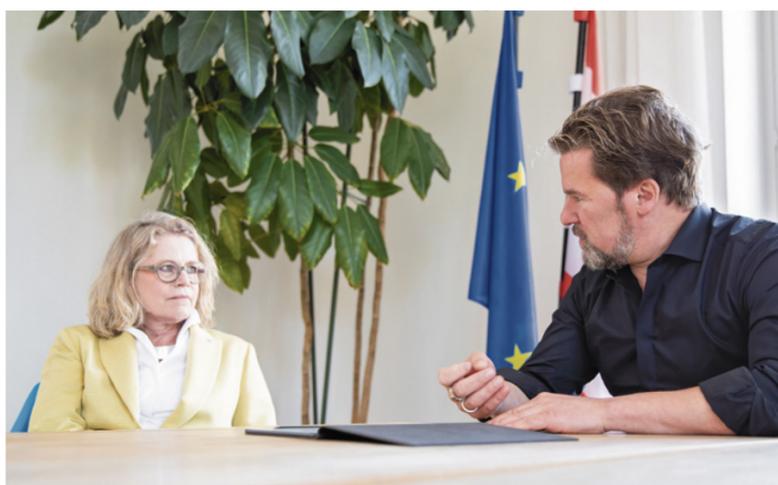
klartext: Berlin muss nach rot-grünen Jahren finanziell kräftig auf die Bremse treten. Was könnte das für den Berliner Verkehr bedeuten?

Bonde: „Vieles, was im Verkehrsbereich zu Buche schlägt, gehört zur Daseinsvorsorge. Wir müssen dafür sorgen, dass Schüler in die Schule, Beschäftigte zur Arbeit und Kranke zum Arzt kommen. Wir müssen Straßen reparieren und Gebiete, wo dringend benötigte neue Wohnungen entstehen, verkehrlich erschließen. Und weil wir bis 2045 Berlin klimaneutral machen wollen und müssen, werden auch weitere Lademöglichkeiten für die E-Mobilität in der Stadt benötigt. Wir benötigen kreative Ideen, um die öffentlichen Kassen zu entlasten. Wir sind da dran.“

Stettner: „Die rot-grün-rote Vorgängerregierung hat den Berlinern ein Erbe mit milliardenschwerer Unterdeckung hinterlassen. Das muss die Union jetzt in Ordnung bringen, um die Grundlage für die dringend erforderlichen Investitionen zu schaffen. Wir

Investitionen in den ÖPNV sind wichtig und weiterhin dringend notwendig. Doch wir haben auch alle anderen Verkehrsteilnehmer im Blick.

Ute Bonde
Senatorin für
Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und
Umwelt



müssen und werden in den Öffentlichen Personennahverkehr investieren. Nicht wie die Grünen vorher nur Luftbuchungen vornehmen und dann jammern, wenn die Luft rausgelassen wird.“

klartext: Sie stehen für die Magnetschwebebahn. Ist das nur eine private Träumerei oder ein realistisches Zukunftsprojekt?

Bonde: „Realismus und Visionen müssen einander nicht ausschließen. Was die Innenstadt angeht, stehen wir in Berlin ja wirklich gut da mit unseren Verkehrsangeboten. Anders sieht es häufig in den Randbezirken aus und was die Verbindungen ins Umland betrifft. Zudem ist dort auch genug Platz für neue Trassen. Magnetschwebebahnen könnten also in Zukunft gerade auch für Pendler eine praktische Alternative darstellen. Und, nicht zu vergessen, sie können schnell, umweltfreundlich und leise auch dem Transport von Waren dienen.“

Stettner: „Wir sind technologieoffen. Wenn uns eine Magnetschwebebahn hilft, die Außenbezirke schneller und preisgünstig gut anzubinden – dann machen wir das. Ich verstehe die technik- und innovationsfeindliche Haltung der Grünen hier gar nicht. Wenn es gut für Berlin ist, dann machen wir das.“

klartext: Bleiben wir beim Blick nach vorn. Wo liegen bei der Mobilität der Zukunft Ihre Prioritäten?

Bonde: „Dazu zählen das Vorantreiben der Pläne für die Tangential-Verbindung-Ost, durch die Anwohnerstraßen endlich entlastet und unsere Technologiestandorte sowie der BER besser angebunden werden und der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität. Außerdem ein guter Takt bei Bussen und Bahnen und natürlich auch der weitere Ausbau der Tram-, S- und U-Bahnstrecken. Dies werden wir gerade für die Außenbezirke kombinieren mit einem noch auszubauenden Netz an Rufbussen und guten Sharing-Angeboten. Wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen, dass Sauberkeit, Sicherheit und auch die Sanierung von Geh- und Radwegen eine wichtige Rolle spielen.“

klartext: Was wünschen Sie sich im Alltag in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ich wünsche mir manchmal mehr Verständnis für die Fahrerin oder den Fahrer. Die kommen nicht zu spät, weil sie getrödelt haben. Und an dem Ausfall der Bahn oder des Busses zuvor tragen sie auch nicht die Schuld.“

Stettner: „Es gibt leider gerade viele Gründe, sich zu ärgern. Leider haben wir ein Trümmerfeld übernommen und müssen das erst wieder aufräumen. Miserable Ausschreibungen, deswegen keine neuen Wagen, zu wenig Busfahrer... die Liste ließe sich fortsetzen. Wir arbeiten hart daran, das wieder in Ordnung zu bringen. Die Busfahrer und Mitarbeiter der BVG können jedenfalls nichts dafür. Also bitte ich um ein bisschen Gelassenheit trotz des berechtigten Ärgers – es wird sicher besser werden.“



Und jetzt mal ganz persönlich ...

klartext: Womit fahren Sie in Berlin am liebsten?

Bonde: „Da mag ich mich gar nicht festlegen, weil es für mich tatsächlich der abwechslungsreiche Mix an Verkehrsmitteln ist, mit dem man durch Berlin kommt.“

klartext: Werden Sie in Bussen und Bahnen erkannt und angesprochen?

Bonde: „Ja, das passiert. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich mich nicht nur theoretisch mit Bus und Bahn beschäftige, sondern eine tägliche Nutzerin bin. Mir geben meine Erfahrungen als Fahrgast jedenfalls in Momenten, in denen ich etwas entscheiden muss, was Einfluss auf den ÖPNV hat, eine gewisse Sicherheit.“

klartext: Welche Zeitkarte benutzen Sie für den Nahverkehr?

Bonde: „Das 49-Euro-Ticket“

klartext: Fühlen Sie sich sicher in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ja, da ist ein großes Gefühl der Sicherheit. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass es spät in der Nacht und bei spärlicher Beleuchtung schon mal anders sein kann. Das liegt in der Natur des Menschen.“

klartext: Wie kommen Sie als Rheinländerin mit der Berliner Schnauze klar?

Bonde: „Im Grundgefühl, das sich mit dem Satz ‚Leben und leben lassen‘ umschreiben lässt, sind sich Berliner und Rheinländer nach meiner Erfahrung oft ähnlicher, als sie es einräumen würden. Was hier ‚Berliner Schnauze‘ genannt wird, lässt sich durchaus mit der gelegentlich deftigen Ansprache vergleichen, die der Köbes, der Kellner in der Kölschkneipe, im Umgang mit seinen Gästen pflegt. Ich bin nicht aus Zucker und muss auch nicht in Watte gepackt werden. Ich komme mit den Berlinerinnen und Berlinern richtig gut klar.“

Nehmen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt in den Blick:
Ute Bonde, Dirk Stettner

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Angriff scharf verurteilt

Der Angriff durch angebliche propalästinensische Demonstranten auf CDU-Kultursenator Joe Chialo bei einer Veranstaltung hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner verurteilt auch CDU-Fraktionschef Dirk Stettner diesen Vorgang auf das Schärfste. „Wir werden nicht aufhören, jüdisches Leben zu schützen. Es ist ein Glück für Berlin“, so Stettner.



Senator Joe Chialo
Foto: IMAGO/Methodi Popow

Brandanschläge auf Privat-PKW von Justizkräften – die Politik greift ein

Vorschlag: mehr Videoschutz, Kontrollstreifen und bessere Schutzausrüstung

Christian ist 36 Jahre alt, Familienvater, arbeitet als Vollzugsbeamter in einer Berliner Haftanstalt und hat jahrelang auf sein Auto gespart. Jetzt macht er sich Sorgen, dass es vielleicht vor seinem Arbeitsplatz in Brand gesteckt und zum Totalschaden wird.

Für einige seiner Kollegen ist dieser Alptraum in den letzten Monaten leider zur bitteren Realität geworden. Auf einem einschlägigen linken Szeneportal haben sich Gewalttäter zu diesen fiesen Brandanschlägen bekannt.

Mehr Schutz für JVA-Beschäftigte

Deshalb greift die Berliner Politik jetzt durch: Die Beschäftigten



Justizvollzugskräfte sollen besser vor Anschlägen geschützt werden Foto: IMAGO/IPON

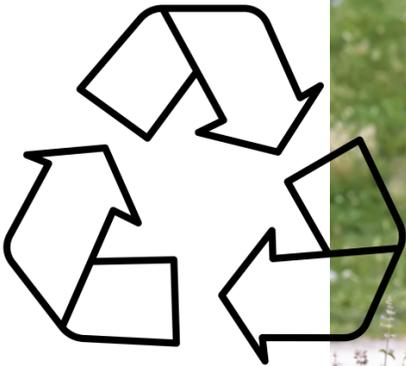
müssen besser geschützt werden, Täter konsequent verfolgt werden.

Dazu sollen nach Vorschlägen der CDU-Fraktion Mitarbeiter besser geschult und mit modernster Sicherheitstechnik ausgerüstet werden. Videoschutz, mehr Licht und verstärkte Kontrollstreifen zusammen mit der Polizei sollen abschrecken bzw. eine schnelle Aufklärung sicherstellen.

Eine Frage der Wertschätzung

„Die Bediensteten im Justizvollzug sind täglich mit großen Herausforderungen konfrontiert und leisten unverzichtbare Arbeit zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und

zur Resozialisierung der Inhaftierten“, heißt es in einem Beschlusspapier der CDU-Fraktion. „Ihre Sicherheit und die Sicherheit ihres Eigentums müssen daher oberste Priorität haben.“



Mehr Papierkörbe und mehr Mülltrennung – mit diesen und weiteren Ideen will die CDU-Fraktion Berlin Schritt für Schritt sauberer machen
Foto: IMAGO/Arnulf Hettrich

Schritt für Schritt für mehr Sauberkeit und ein lebenswerteres Berlin

Zehn Punkte-Plan: mehr Papierkörbe, mehr Mülltrennung, höhere Bußgelder

Mehr Sauberkeit, weniger Schmierereien und Vandalismus, damit Berlin noch lebenswerter wird. Erste wichtige Entscheidungen dazu sind auf den Weg gebracht, weitere werden folgen. Mit einem 10-Punkte-Plan wird Berlin Schritt für Schritt sauberer und schöner.

So soll die Zahl der Abfalleimer in den nächsten sechs Jahren von jetzt 25.000 auf 30.000 erhöht werden. An belebten Orten der Stadt wird künftig Mülltrennung (Papier, Glas, Verpackungen, Biomüll und Restmüll) angeboten. Dasselbe soll auch in allen öffentlichen Gebäuden Berlins eingeführt werden.

Pfandsystem für Akkus und Batterien

Es gilt die Devise: Müllvermeidung und Recyclen haben Vorrang. Einer Lösung für „To-Go“-Kaffeebecher, deren Beschichtung leider eine effektive Wiederverwertung verhindert, muss erarbeitet werden. Ein Pfandsystem soll sicherstellen, dass Akkus und Batterien nicht mehr im Sammelmüll landen.

Wer selbst zum Besen greift

Eigeninitiativen von Berlinern werden durch die Stadtreinigung BSR unterstützt etwa

Auf

30.000

 soll die Zahl der Abfalleimer erhöht werden

durch Beratung und die Bereitstellung von Material und Sicherstellung der Abholung. Auf Wunsch sollen Partnerschaften und Kooperationen mit Berlinern, Vereinen und Unternehmen vereinbart werden können.

Mehreinsatz der BSR-Saubermänner

Darüber hinaus wird der Senat erweiterte Öffnungszeiten von Sperrmüllhöfen der BSR an Wochenenden in den Blick nehmen. Kostengünstige Sperrmüllabholungen sollen auch in Tagesrandzeiten, also in den Morgen- bzw. Abendstunden, angeboten werden.

Schon jetzt sind Berlins BSR-Saubermänner fleißig in vielen Parks und auf vielen Spielplätzen. Diese Strategie unter dem Motto „Saubere Stadt“ hat sich bewährt. Deshalb sollen ihre Einätze schrittweise ausgeweitet, die Grünflächenämter der Bezirke dadurch noch mehr entlastet werden.

Verschärfte Bußgelder

Wer seinen Müll einfach auf die Straße schmeißt, muss mit höheren Strafen rechnen. Dasselbe gilt für diejenigen, die ihren Schutt und Schrott irgendwo illegal ablegen. Hierzu hat die CDU in der Koalition bereits einen verschärften

Bußgeldkatalog vorgelegt. Eine schnelle Zustimmung des Koalitionspartners wäre wünschenswert. Zusätzlich soll eine Taskforce „Müll-Ermittler“ gegen Umweltsünder und Schmutzfinken vorgehen. Der neue Zehn-Punkte-Plan der CDU-Fraktion: eine saubere Sache für Berlin.



Ab Herbst soll die Altstadt Köpenick zur Dauerbaustelle werden

Die Verkehrssituation in Köpenick wird sich weiter verschärfen.

Schon im Mai gab es erste Hinweise darauf, dass die BVG und die Berliner Wasserbetriebe ab Herbst 2024 massive Baumaßnahmen in der Altstadt Köpenick planen, aber es war wenig Konkretes bekannt gegeben worden. Nach außen drang nur, dass die BVG in der Altstadt Köpenick die Schienen komplett erneuern will und in dem Zusammenhang die Berliner Wasserbetriebe die Großbaustelle nutzen wollen, um auf einer Strecke von 215 Metern in den Straßen Alt-Köpenick, Kirchstraße, Schüllerplatz und Kietzer Straße bis zur Müggelheimer Straße die Trinkwasserleitung aus dem Jahr 1930 durch eine neue Leitung zu ersetzen. Zusätzlich sollen 50 Meter Schmutz- und Regenwasserkanäle in neuen Trassen verlegt werden. Dafür muss die BVG jedoch zunächst die Schienen entfernen.

Viel mehr Informationen standen den Köpenickern nicht zur Verfügung. Leider war es wie so oft im Bezirk Treptow-Köpenick, dass die betroffenen Bürger schlecht oder gar nicht informiert waren. Einigen Köpenickern wird auch erst jetzt richtig bewusst, was da auf sie zurollt an neuen Verkehrsproblemen. Darum hier der Hinweis, dass Martin Sattelkau als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 5, wozu auch die Altstadt Köpenick gehört, sofort am 17. Mai 2024 einige Fragen an die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gestellt hat. Als offizielle Anfrage reichte er als erster Abgeordneter seine Fragen über das Abgeordnetenhaus von Berlin ein, um für die Köpenicker verlässliche und konkrete Informationen zu erhalten. Eine Frage, die Martin Sattelkau inzwischen immer wieder persönlich, telefonisch, per Mail oder postalisch erreicht, ist die folgende Frage: „Ist geplant, den Straßenbahnverkehr Richtung Spind-



Baustellenabspernung
Foto: Team Sattelkau

“
Man muss die Welt nicht verstehen, man muss sich nur darin zurechtfinden.

Albert Einstein

lersfeld mit einem Parallelgleis von ‚Müggelheimer Str./Wendenschloßstr.‘ bis ‚Köllnischer Platz‘ während der Baumaßnahmen zu verstärken und wenn ja, ist von einer Verstärkung auszugehen, um auch zukünftig den Verkehr aus den neu gebauten Gebieten aufzunehmen?“

Genau diese Frage hatte er schon am 17. Mai in seiner offiziellen Anfrage als Frage Nummer 7 formuliert. Er erhielt dazu folgende Informationen von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz: „Nach Auskunft der BVG wird zur Anbindung der Altstadt Richtung Adlershof, Wendenschloß und Krankenhaus Köpenick in der Müggelheimer Straße vor Beginn der eigentlichen Baumaßnah-

me ein zweites Gleis als sogenanntes Baugleis verlegt. Es ermöglicht eine Entlastung des bestehenden Verkehrsflusses und bietet zusätzliche Kapazitäten, die besonders in Spitzenzeiten von großem Vorteil sind. Diese Maßnahme ist essenziell, um Stauungen und Verzögerungen zu minimieren und eine reibungslose Verkehrsabwicklung sicherzustellen. Eine dauerhafte Einrichtung eines zweiten Gleises ist durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt in Auftrag gegeben worden und erfolgt nach der Umsetzung der Bauleistung an der Langen Brücke“.

Alle Fragen und Antworten aus der offiziellen Anfrage des Abgeordneten Martin Sattelkau und das Merkblatt

zur Überbrückungshilfe für Gewerbetreibende, die von Straßenbaumaßnahmen des Landes Berlin betroffen sind, finden Sie auf seiner Internetseite www.martin-sattelkau.de > Kiez > Drucksachen und Dokumente > Altstadt/Kietz als PDF zum Download. Möchten Sie diese Dokumente als Ausdruck per Post bekommen, äußern Sie bitte Ihren Wunsch beim Büro Sattelkau unter 030 4677767 oder postalisch an MdA Martin Sattelkau, Grünstraße 4, 12555 Berlin.

Martin Sattelkau bleibt am Ball. Er hat zu diesem Thema vor kurzem eine weitere Anfrage über das Abgeordnetenhaus von Berlin an die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gestellt.

Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch (CDU), zu Gast am Müggelsee

Ein Besuch auf dem Nature Campus am 18. Juli 2024

Ein Bilinguales Naturerlebnis für Kindergruppen am Müggelsee. Dieser Campus ist das Ergebnis einer inspirierenden Zusammenarbeit zwischen der Berlin Cosmopolitan School und dem Hotel Müggelsee. Er bietet eine einzigartige Möglichkeit für Kindergartengruppen und Schulklassen, einen Tag voller Abenteuer, Bildung und Bewegung inmitten der Natur zu verbringen. Der Nature Campus wurde ins Leben gerufen, um Kinder nicht nur aus dem städtischen Alltag herauszuführen, sondern ihnen auch die Chance zu geben, die Natur hautnah zu erleben. Die pädagogische Vision hinter diesem Projekt ist klar: In einer Umgebung, die gleichzeitig bil-



Senatorin Günther-Wünsch im Gespräch mit Yvonne Wende von der Cosmopolitan School Foto: Team Sattelkau

dend und belebend ist, sollen Kinder sowohl ihre sprachlichen als auch ihre motorischen Fähigkeiten weiterentwickeln. Der Unterricht auf dem Nature Campus ist bilingual – in Deutsch und Englisch – und stark an die Natur und körperliche Aktivitäten gebunden. Dies ermöglicht den Schülern, auf spielerische Weise Sprachkenntnisse zu erwerben und gleichzeitig ihre Begeisterung für die Natur zu entdecken. Das vielfältige Angebot des Nature Campus richtet sich an Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter. Sie können aus einem breiten Spektrum an Aktivitäten wählen, die alle darauf abzielen, das Lernen mit praktischen Erlebnissen zu verknüpfen.

Interessierte Kindergartengruppen und Schulklassen können den Nature Campus für ihre Ausflüge buchen und so einen unvergesslichen Tag in der Natur erleben. Weitere Informationen und Buchungsmöglichkeiten finden Sie unter: www.cosmopolitanschool.de oder www.Mueggelseeperle.de



BVG schafft Barzahlung in Bussen ab

Nachdem durchschnittlich in jedem Bus täglich nur noch drei Bustickets gekauft wurden, schafft die BVG nun zum 01. September die Bargeldzahlungen ab. Es wird weiterhin Auskünfte zu Verbindungen, Haltestellen und Tarifen gegeben und Tickets werden verkauft, aber eben bargeldlos. Die BVG hat inzwischen 1,2 Millionen Abonnenten, 1,8 Millionen Zeitkartenfahrer und 95 % der Sonstigen nutzen die BVG-App. Eine Möglichkeit ist die www.bvg-guthabenkarte.de, ansonsten wird an über 2.000 Verkaufsstellen weiterhin direkt mit Bargeld gezahlt werden können.

Fristenbriefkasten Standort Adlershof

Seit dem 01.05.2024 ist in der Hans-Schmidt-Straße 16-18 in 12489 Berlin ein zentraler Fristenbriefkasten zur Verfügung gestellt. Dieser soll den Bürgerinnen und Bürgern das kostenfreie Zustellen von Schreiben, welche an das Bezirksamt Treptow-Köpenick gerichtet sind, ermöglichen. Der Briefkasten steht 24 Stunden, 7 Tage die Woche zum Einwurf bereit und wird an jedem Werktag geleert.

Immer informiert sein!

Über unsere Kieznachrichten liefern wir Ihnen aktuelle Informationen über unsere Arbeit direkt in Ihr Postfach.



Weitere Informationen finden Sie unter: www.martin-sattelkau.de, <https://m.facebook.com/Dr.MartinSattelkau> und <https://www.instagram.com/martinsattkau>

Flughafen BER „Nachbarn im Dialog“

Eine Veranstaltung mit vielen Emotionen

Am 16.07.2024 fand die vom Abgeordneten Martin Sattelkau initiierte Veranstaltung „Nachbarn im Dialog“ gemeinsam mit Vertretern des „BER“ Flughafens statt. Die vielen Gespräche mit den Müggelheimern, welche sich zunehmend durch den Fluglärm beeinträchtigt fühlen, hatten ihn dazu bewogen, ein Forum des gemeinsamen Austausches anzubieten.

Das Hotel „Müggelseeperle“ bot hier einen hervorragenden Veranstaltungsort und sorgte für eine absolut professionelle Begleitung, ein hochwertiges Ambiente und sogar Speis & Trank.

Über 50 Besucherinnen und Besucher sind seinem Aufruf gefolgt und haben an diesem Format teilgenommen. Das war für Martin Sattelkau die Bestätigung für die Wichtigkeit einer solchen Veranstaltung.

Der Flughafen hat sich Mühe gegeben, war gut vorbereitet und versuchte sachlich über die Themen Fluglärm und Schallschutz aufzuklären. Im Rahmen des langen Vortrags wurden bereits gut 20 Zwischenfragen gestellt, die die unterschiedlichen Positionen deutlich machten.

Leider stellte sich schnell heraus, dass die Interessen sehr unterschiedlich sind.

Es wurde mit den Start- und Landeentgelten von Seiten der Flughafenvertreter argu-



Über 50 Müggelheimer bei der BER Veranstaltung „Nachbarn im Dialog“
Foto: Team Sattelkau

mentiert, dass diese abhängig von der Lautstärke des überfliegenden Flugzeugtyps sind. So ist beispielsweise das hohe Geräusch beim Überflug eines bestimmten Flugzeugtyps auf einen Triebwerksfehler zurückzuführen und sorgt für mehr Entgelte an den BER.

Doch was haben die Müggelheimer davon? Offen gesagt, erstmal gar nichts! Aus dem Auditorium kam der Vorschlag, die Entgelte mit den betroffenen Anwohnern zu solidarisieren für einen erweiterten Schallschutz.

Weiterhin argumentierte der BER mit Gesetzen und hatte den vom Lärm geplagten Anwohnern lediglich die Mindeststandards an Schallschutz angeboten. Die Betroffenen hingegen machten sehr

deutlich, dass Sie die Änderungen und geringfügigen Verbesserungen beim Schallschutz mühsam und in privat initiierten Prozessen erstritten haben und sich vom Flughafen getäuscht fühlen.

Eine Mutter berichtete von ihren Kindern, die nachts nicht schlafen können und am nächsten Tag völlig übermüdet und unkonzentriert in die Schule gehen. Ein weiterer Gast berichtete, dass er im Sommer gerne bei geöffneten Fenstern schlafen würde, aber morgens bereits um 5 Uhr aus dem Schlaf gerissen wird, wenn die Flugzeuge wie an einer Perlenkette hintereinander über sein Haus hinweg fliegen. (Der Flughafen Hamburg investiert hier nach unseren Recherchen für seine Bewohner

in automatische Fensteröffnungen und Fensterschließungen; ein schöner Gedanke!)

Die Fronten sind hier sehr verhärtet und so endete die Veranstaltung bedauerlicherweise mit vielen Emotionen, aber auch mit Dank an Sattelkau für die Möglichkeit der direkten Meinungsäußerung durch die Betroffenen.

Aber die Enttäuschung, dass der BER Ihnen keine Verbesserung der Lebensbedingungen in Aussicht stellen konnte oder wollte, ist hingegen groß. Der Flughafen Hamburg geht genau diesen Weg, nämlich deutlich mehr für seine Nachbarn in Sachen Schallschutz (auf freiwilliger Basis) zu tun.

So leid es einem auch tut, aber einen anderen Standort für den „BER“ wird es nicht geben. Das Einzige, was die Flughafengesellschaft tun kann, ist auf freiwilliger Basis in Vorleistung zu gehen und den Schallschutz zu erhöhen.

Im Oktober plant Martin Sattelkau einen Tag auf dem Dorfanger in Müggelheim zu verbringen und sich die Überflüge live anzuschauen.

Der genaue Termin wird auf seiner Internetseite: www.martin-sattelkau.de bekannt gegeben.

Melden Sie sich auch gerne für seine Kieznachrichten an. Nur so bekommen Sie regelmäßig Informationen, was um Sie herum passiert.

Besucherfahrt zum Abgeordnetenhaus von Berlin und Bundesrat

Was für ein Erlebnis

Am 11.07.2024 um 09 Uhr empfing der Abgeordnete Martin Sattelkau 24 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis am Eingang des Berliner Abgeordnetenhauses. Er hatte zu einer Führung durch das historische Gebäude des ehemaligen preußischen Landtags und des Bundesrates eingeladen. So ging es im imposanten Gebäude des Abgeordnetenhauses durch die Wandelhalle, den Plenarsaal, die Gemäldegalerie anschließend ins Casino. Dort nutzten die Teilnehmer bei einem kleinen Imbiss die Gelegenheit, Ihre Themen und Fragen direkt und offen anzusprechen. Es entstand ein rege

„
Wahrheit ist universell.
Die Wahrnehmung der Wahrheit ist unterschiedlich.“
Dr. Bohdi Sanders



Besucherguppe auf der Treppe im Abgeordnetenhaus von Berlin Foto: Team Sattelkau

Austausch über verschiedenste Aspekte der Landespolitik. Das ganz besondere Highlight war die anschließende, sehr persönliche und lebendige Führung durch den Bundesrat. Das Gebäude ist mehr

als 100 Jahre alt und sehr geschichtsträchtig. So wurde es 1904 unter der Leitung des Architekten Friedrich Schultze-Colditz für die Nutzung durch das „Preußische Herrenhaus“ fertiggestellt. Die

Teilnehmer bewunderten die eindrucksvolle Architektur der Räumlichkeiten im Bundesrat mit sprichwörtlich großen Augen.

Sattelkau hat bereits Termine für den Herbst reserviert. Falls Sie Interesse haben, ihn bei einer der nächsten Führungen zu begleiten, schreiben Sie einfach eine E-Mail an buer0@martin-sattelkau.de oder melden Sie sich telefonisch unter 030 46 7777 67 an.



Tschüss Bürokratie! Hallo „Schneller-Bauen-Gesetz“

Berlin macht jetzt Tempo beim Bau von bezahlbaren Wohnungen

Zeit ist Geld. Das gilt insbesondere beim Wohnungsbau. Mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz“ sagt Berlin jetzt der Bau-Bürokratie den Kampf an. Das Gesetz dazu liegt dem Abgeordnetenhaus bereits zur Beratung vor. Ein immenses Vorhaben mit insgesamt 41 Änderungen in neun Landesgesetzen.

So will Berlin eine Schippe drauflegen: Planungs- und Genehmigungsverfahren werden vereinfacht, verbindliche Prüf- und Bearbeitungsfristen eingeführt und Zuständigkeiten zwischen Landes- und Bezirksebene klarer geregelt.

So soll künftig eine Genehmigungsfiktion den schnelleren Baustart ermöglichen. Danach sollen Anträge grundsätzlich vier Wochen nach Einreichung automatisch als genehmigt gelten, wenn diesen nicht in dieser Frist widersprochen wurde.

Zudem sollen beim Denkmal- und dem Naturschutz nur noch bundesrechtliche Regelungen gelten, nicht mehr die weitergehenden Bestimmungen des Landes.



Bauen soll in Berlin durch weniger bürokratische Hemmnisse schneller vorangehen
Foto: IMAGO/photothek

Mehr Tempo bei Baugenehmigungen

Zuständigkeiten zwischen dem Land und den Bezirken werden klarer geregelt. Sie werden stärker auf den Senat konzentriert. Ziel ist es, dass Bauherren schneller als bisher wissen, wann mit einer Baugenehmigung zu rechnen ist. Das schafft Planungssicherheit.

Für Großprojekte ist ein neues Entscheidungsgremium vorgesehen. Dort sollen etwaige Probleme und Hindernisse erkannt und aus dem Weg geräumt werden. Mit mehr Digitalisierung soll vieles einfacher und Mitarbeiter entlastet werden.

Neue Wohnungen für alle Einkommen

Die Reform schafft die Voraussetzung, die Neubauziele Berlins zu erreichen. So soll neuer Wohnraum für alle Einkommensschichten schneller als bisher geschaffen werden, auch neue Sozialwohnungen.

Mehr Gesundheit, weniger Bürokratie

Mit einem Aktionsbündnis mit Mitgliedern des Senats, des Medizinischen Dienstes, der Berliner Krankenhausesellschaft sowie Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen soll dem Amtsschimmel in Berlins Kliniken Beine gemacht werden. Dazu sollen Entgeltverhandlungen, medizinische Begründungen und vieles mehr vereinfacht und beschleunigt werden. Diese Initiative der CDU-Fraktion beruht auf einem erfolgreichen Modellprojekt des Freistaates Bayern.



Von Stillstand zu mehr Gesundheit

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Tiere schützen, Tafel stärken

Die Berliner Tiertafel hilft Berlinern, damit sie in finanzieller Not ihre Lieblinge auf zwei und vier Pfoten oder Krallen weiter gut versorgen können. Die bisherige Förderung dieses ehrenamtlichen Engagements durch das Land Berlin in Höhe von 100.000 Euro soll auf Vorschlag der CDU-Fraktion in den nächsten Jahren verstetigt, Beratungsangebote weiter ausgebaut werden.



Hunde profitieren von der Tafel Foto: IMAGO/Westend61

Vom Drogenproblem-Görli zu echtem Naherholungspark

Grüne im Bezirk scheitern mit Klage gegen Zaunpläne des Berliner Senats

Aggressive Drogendealer, Spritzen- und Koksfunde: Die Lage im Görli, einem der größten Drogenumschlagplätze der Stadt, spitzt sich gefährlich zu. Doch die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg torpedieren weiter jeden Versuch, die Lage für Besucher zu verbessern.

Selbst ein Schutzzaun mit mindestens 17 verschließbaren Eingängen und 40 zusätzlichen Leuchten lehnen Grüne kategorisch ab. Der CDU-geführte Senat machte daher von seinem Eingriffsrecht Gebrauch. Die Grünen klagten dagegen und sind damit vor dem Berliner Verwaltungsgericht vorerst gescheitert, über ihre Beschwerde gegen die Entscheidung wurde bisher noch nicht entschieden.

Dabei machen seit Jahren Anwohner Druck: Sie sorgen sich um die Sicherheit. Die Grünanlage gilt berlinweit als eine der am schwersten kriminalitätsbelasteten Orte. 2023 sind von den rund 1450 Straftaten im Görli laut Polizeiangaben die meisten in den Nachtstunden verübt worden.

Tore, Drehkreuze Suchtprävention

Daher machen ein Zaun und nächtliche Schließzeiten Sinn. Geplant: Die Hälfte der Eingänge mit Türen, die andere

1450
Straftaten wurden im Jahr 2023 im Görli verübt



Hälfte mit Drehkreuzen versehen, die nachts nur noch in eine Richtung drehen, so dass ein Verlassen des Parks auch nach Schließung noch möglich ist.

Dazu sollen die Sozialarbeit, die Suchthilfe sowie weitere präventive Projekte und neue Toilettenanlagen für eine Entspannung der Lage sorgen.

Sicherheitskonzept durchsetzen

Die CDU-Fraktion steht zu diesem Sicherheitskonzept: Der Görli soll für Berliner endlich wieder ein sicherer und attraktiver Ort der Naherholung werden.

Der Görli aus der Vogelperspektive: Der Drogenpark soll für Anwohner und Besucher sicherer werden

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini



Silvia von Schweden mit den Senatorinnen Felor Baden-Berg und Katharina Günther-Wünsch beim feierlichen Spatenstich zum Childhood-Haus Foto: IMAGO/Future Image

Am 3. Oktober erfüllte sich die Sehnsucht nach Einheit, Freiheit und Demokratie

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Am 3. Oktober feiern wir den Tag der Deutschen Einheit. Ein Datum, das weit mehr als nur ein politisches Ereignis markiert. Es ist ein Tag, an dem wir die Wiedervereinigung unseres Landes würdigen und uns an die Kraft der Gemeinsamkeit und des Miteinanders erinnern.

Als ich vor mittlerweile – ziemlich erschreckend klingenden – 38 Jahren in die CDU eingetreten bin, war der Traum der Einheit noch immer genau das: ein Traum. Die „Deutsche Demokratische Republik“ und ihre Anhänger träumten davon, das sozialistische Vorzeigeland zu sein; und in der Bundesrepublik Deutschland? Dort hatten sich alle außer den Christdemokraten mit der Existenz der DDR und damit auch der Mauer abgefunden.

Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder war es, der im September 1989 erklärte: „Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich.“ Kurz darauf wurde er durch

SPD-Vorstand und Bundestagsfraktion bestätigt, lehnten diese doch ebenfalls das „leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede“ ab. Oskar Lafontaine sagte als stellvertretender SPD-Vorsitzender am 18. Dezember 1989 beim Parteitag in Berlin: „Wiedervereinigung? Welch historischer Schwachsinn!“

Die Liste prominenter Sozialdemokraten, die sich zu dieser Zeit dezidiert gegen eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands aussprachen, ließe sich noch lange fortsetzen. Geradezu beliebig lange, wenn wir einen Blick auf die Grünen oder die damalige PDS (heute Die Linke) werfen, was ich uns allen an dieser Stelle erspare.

Vaterlandslose Gesellen hatten wir damals gesagt. Und wir hatten Recht. Niemand außer der Christdemokratie glaubte an die Brüder und Schwestern im Osten, glaubte an die Deutsche Einheit. Bis Dr. Helmut Kohl die Chance sah, unser Land wieder zu



Helmut Kohl, Kanzler der Deutschen Einheit, spricht den Menschen Mut zu

Foto: IMAGO/Sven Simon

einen und zum Bundeskanzler der Einheit wurde. Er sah den Mut der Ostdeutschen, erkannte den unbedingten Willen und ergriff diese Chance und setzte international und national die Einheit unseres Vaterlandes durch.

Die Wiedervereinigung war kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis von Träumen, Mut und festem Willen, der von

vielen Menschen in Ost und West geteilt wurde. Sie ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, wie Leistung und Zusammenhalt Barrieren überwinden und eine neue Ära des Fortschritts einleiten.

Heute leben wir gemeinsam in unserem Deutschland. Und selbstverständlich sind nicht alle Versprechungen der Wiedervereinigung in Erfüllung gegangen. Manch einer fühlt sich unter Wert behandelt. Viele haben in der Nachwendzeit harte Schicksale durchleben müssen. Aber vollkommen außer Frage steht, dass wir in einer wunderbaren Demokratie und einem starken Gemeinwesen, einer Gemeinschaft, zusammenleben. Und diese Gemeinschaft müssen wir auch zusammen verteidigen, nach innen, wie nach außen.

Wie vor 38 Jahren lohnt es auch heute zu träumen: von Frieden, vom Erhalt der Freiheit und von Demokratie und gelebtem Miteinander. Wir dürfen nicht denjenigen, die ganz bewusst versuchen

unser Gemeinwesen zu spalten, die hetzen und zerstören wollen, den öffentlichen Diskursraum überlassen. Und wir dürfen nicht den Mutlosen glauben, denen die Kraft und der Wille für unsere wehrhafte Demokratie, unsere gemeinsame Leistung fehlt – wie vor 35 Jahren.

Es lohnt, sich für unsere Demokratie zu engagieren, denn wir haben viel zu verlieren. Heute leben wir zusammen in einem wunderbaren Land. Ich möchte, dass meine Kinder ebenso glücklich und stolz in Deutschland leben können. Und dafür lohnt es zu kämpfen, alle miteinander. In der Vielfalt liegt unsere Stärke, und in der Einheit finden wir den Weg zu einer noch besseren Zukunft. Ich wünsche Ihnen einen frohen und optimistischen Tag der Deutschen Einheit.



Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorf

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------|-------------------------------|-------------------------|----------------------------------|---------------------------|---------------------------------|------------------------------|---------------------------|----------------------------|--------------------|-------------------------|-----------------------------|------------------------------|--------------------|---------------------------|--------------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------------------|----------------------------------|
| Schreibstift-einlage | span. Partnerstadt Berlins | Kosename des Großvaters | engl. Partnerstadt Berlins | exklusives Fest | Stadt an der Warthe (Polen) | ugs.: verdorben, kaputt | Bleichmittel | feste Erdoberfläche | Gebäudeerweiterung | Prachtentfaltung, Prunk | Grashüpfen bei „Biene Maja“ | Comic-Cowboy (Lucky ...) | eine Grundstoffart | Aus-schmückung (Kurzw.) | nicht jene | Einschnitt im Gelände | Fuß mit Krallen b. Greifvögeln | Feldblume | |
| Stadt bei Bologna (Italien) | | | | berl.: trinken, zechen | | | | | Fürsorge | | | | | Stadtteil von Berlin | | | | | |
| französischer Kaisername | | | | | | kurz für Deodorant | uneingeschränkt | | | | | | 4 | Bremsklotz; Spaltwerkzeug | | nicht schmal | ein Kunststoff | | |
| | | | | mächtige Welle | ital.: Frau veraltet: ständig | | | | 5 | Stäbchen-spiel | | | | berl.: Leichtigkeit | früherer US-Präsident | | | | |
| saudi-arab. Stadt | Verband-mull | Turn-gerät | dt. Strom zur Nordsee | | | Zehlendorfer Museumsstandort | | | | | | | Stadt in Algerien | berl.: einwandfrei | | | | | |
| Einrichtung für Bankkunden | | | | Furchtgefühl, Horror | männl. Nachkomme | Paradiesgarten | | | | | | | | | Grenze (z. B. eines Kredits) | benachbart | Mittelmeerwinde | | |
| Nähmittel | Auto mit versenkbarem Verdeck | Handbewegung | | | | | | | | | | | | | Strich, gezeichnete Verbindung | | | | |
| | | 1 | | | | Saugwurm | betriebsam, agil | | | | | | | | | 7 | Windstoß | | |
| wohl-schmeckend | Wort des Einwandes | Bürde | Getreidefruchtstand Ehrengelieft | | | | | | | | | | | berl.: das Geld | nur, speziell Aufgabe | | | 3 | |
| bestreiten | | | | | | | | | | | | | | | | | vulkanisches Magma | Ostgermane | |
| Karpfen-fisch | | | | | | Schub-fach | Antrieb, Verlockung | | | | | | | | | Situation | | | |
| kältestes Gebiet Berlins | | | | | | | | | | | | | | | | 11 | | | |
| | | | | aus-spannen (sich ...) | unklug | | | | | | | | | | | | griech. Weichkäse | berl.: hastiges, unüberl. Sprechen | Schlag-wort der Frz. Re-volution |
| Atom-kern-baustein | Schieß-sport-gerät | hohes Lauf-gestell | Koseform von Eduard | | | | | | | | | | | | | | | | 12 |
| Berliner S-Bahn-hof | | | | | | | | | | | | | | ver-räterisch | lehr-hafte Erzählung | | Turner-abteilung | Not, Misere | |
| | | | | Kurzwort für einen Dünger | das Mil-lionen-fache e. Einheit | Dichter der römischen Antike | Kurzwort für ein Urreptil | Ver-kaufs-aus-stellung | lang-weilig | Früh-lings-monat | großer Fels-block im Meer | Stadt in Belgien | | | 10 | milchig | | | |
| Nagetier | verwirrt | Kasten-möbel | | | | | | musika-lisches Bühnen-werk | | | | Ausdruck der Multi-plikation | Schwur | | 10 | Nahstelle | | | |
| Zweig-geschäft | | | | Gesichts-schutz am Helm | | | | | | | | | | | | | | männliches Schwein | |
| | 8 | | enge, elast. lange Hose | | | | | Ver-leumdung | | | | | | | | | | | |
| Spiel-karten-farbe | Netzhaut des Auges | | | | 6 | berl.: Dumm-kopf | | | | | | | | | | | | | Schluss |

Gleich scannen & mehr erfahren:

Oder besuchen Sie: www.cdu-fraktion.berlin.de für Informationen zu unseren Ideen im Parlament.

| | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Bis zu 30.000 Euro: Bußgelder gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Gesundheitsschutz der Berliner muss weiterhin hohe Priorität haben

Angststörungen, Depressionen, Herzrasen, Übelkeit, Schwindel – die Liste der Gesundheitsgefahren durch Cannabis-Konsum ist lang. Trotzdem haben die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP entgegen aller Warnungen dafür eine Teillegalisierung beschlossen. Für die Berliner CDU-Fraktion hat dagegen der Gesundheitsschutz weiter klar Vorrang.

So will die CDU dem ungebremsten Cannabis-Gebrauch klare Regeln und Grenzen setzen und deren Einhaltung mit hohen Bußgeldern durchsetzen – nach Beispiel anderer Bundesländer wie Hamburg, NRW und Bayern.

Regel-Verstöße werden teuer

In einem Beschlusspapier der Fraktion werden Tatbestände aufgeführt, zum Beispiel:

- 1000 Euro muss zahlen, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabis in Gegenwart Minderjähriger raucht.
- 500 Euro werden fällig, wer



Klare Regeln und empfindliche Bußgelder gegen verantwortungslosen Cannabis-Konsum Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

vorsätzlich oder fahrlässig in Sichtweiten von 100 Metern vor Schulen, Kitas, Sportstätten, Kinder- oder Jugendeinrichtungen sowie Spielplätzen oder tagsüber in Fußgängerzonen kiff.

- 500 bis 1000 Euro kostet es, wer vorsätzlich oder fahrlässig mehr als 50 und weniger als 60 Gramm Haschisch bei sich hat.
- Bis zu 30.000 Euro zahlt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabissamen einführt, die nicht aus EU-Mitgliedsstaaten stammen und nicht für den privaten oder gemeinschaftlichen Eigenanbau genutzt werden.

Einstiegsalter bei Cannabis: 14,6 Jahre

Vollzogen werden sollen diese neuen Sanktionen für Täter bereits ab einem Alter von 14 Jahren. Denn zur traurigen Wahrheit gehört eben leider auch, dass das Einstiegsalter nach einer Erhebung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention im Schnitt bei 14,6 Jahren liegt.

Notstrom und Digitalfunk im Krisenfall

Im Krisen- und Katastrophenfall sollen die Berliner bei längeren Stromausfällen Hilfe bekommen. Dazu werden schrittweise alle Bezirke mit Notstromversorgung und Digitalfunkgeräten ausgestattet. Eine ganze Reihe von Standorten sei bereits fertig, andere noch in Planung, heißt es im Senat. Ein neues Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement soll bald in der Senatsinnenverwaltung seine Arbeit aufnehmen und die Schnittstelle zu den Bezirken bilden.



Anlaufstellen helfen im Notfall

Foto: IMAGO/snapshot



QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch
DIGITAL
lesen, was
mir nützt!

Aktuelles aus der Stadt,
Deinem Kiez & unserem
Berliner Parlament.

klartext

